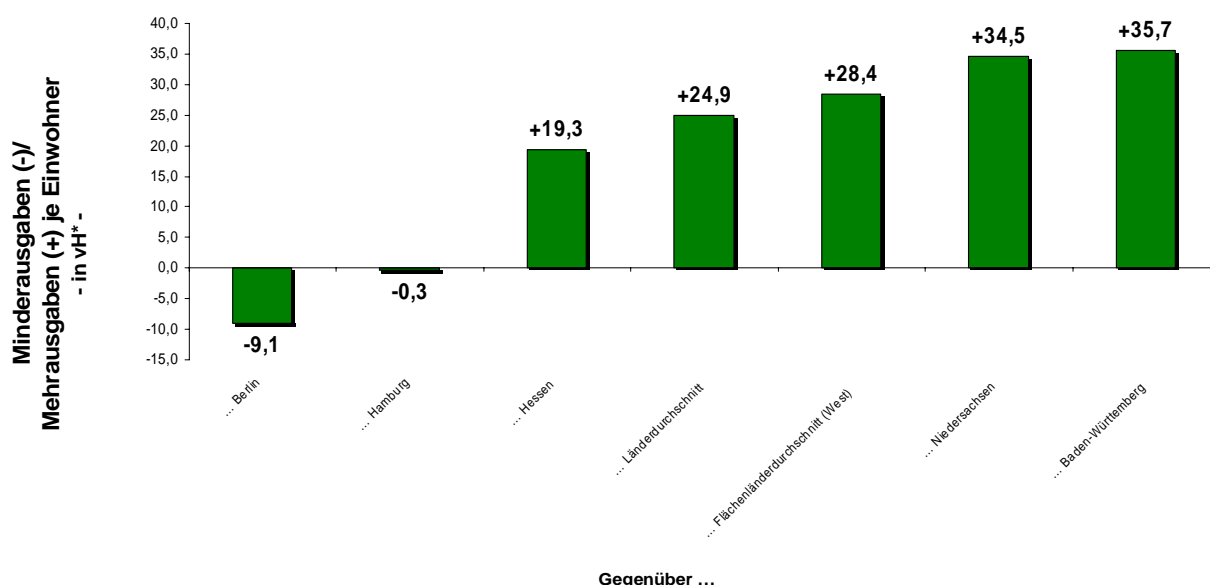


## Ausgaben Bremens im Vergleich

Stadtstaaten sind geprägt durch ihre „strukturelle Eigenart“, die bereits 1986 und 1992 vom Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen benannt und anerkannt wurde (BVerfGE 72, 330 (415) und BVerfGE 86, 148 (240)). Als „Groß- und Hauptstädte ohne Umland“ mit groß- und landeshauptstadttypischer oberzentraler Funktion halten sie für die eigenen und die Bürger benachbarter Länder ein kommunales und staatliches Leistungsbündel vor, das sich – gemessen am Länderdurchschnitt – in großstadttypischen überdurchschnittlichen Ausgaben je Einwohner niederschlägt. Die folgende Darstellung gibt Bremens konsumtive Primärausgaben (Gesamtausgaben abzgl. Ausgaben für Zinsen und Investitionen) je Einwohner für das Jahr 2007 im Vergleich zu ausgewählten Referenzländern bzw. -gruppen wieder, welche jeweils als Basiswert (= 100) festgesetzt wurden.

### Konsumtive Primärausgaben Bremens 2007

Forschungsstelle  
Finanzpolitik  
16.03.2009



\* Basiswert (= 100) ist das jeweilige Referenzland bzw. die jeweilige Referenzländergruppe.

Im Jahr 2007 waren die konsumtiven Primärausgaben des Landes Bremen um 9,1 % niedriger als die des Landes Berlin. Auch das Hamburger Niveau wurde mit 0,3 % leicht unterschritten. Gegenüber den Flächenländern zeigt sich, wie bereits erwähnt, ein strukturell bedingt anderes Bild. Im Vergleich zum Durchschnitt aller 16 Länder gibt Bremen 24,9 % mehr aus. Wird das höhere Ausgabenniveau der Stadtstaaten und der ostdeutschen Bundesländer berücksichtigt, indem Bremen nur ins Verhältnis zum Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer gesetzt wird, gibt Bremen 28,4 % mehr aus. Gegenüber dem benachbarten Niedersachsen liegen Bremens Ausgaben um 34,5 % höher. Die konsumtiven Primärausgaben des „ausgabenintensivsten“ Flächenlandes Hessen werden von Bremen um 19,3 % überschritten, die des „sparsamsten“ Flächenlandes Baden-Württemberg um 35,7 %.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Bremen im Bereich der konsumtiven Primärausgaben bereits das Niveau der anderen Stadtstaaten unterschreitet – gegenüber Berlin sogar deutlich. Zudem liegt Bremen zwar über dem Ausgabenniveau des Länderdurchschnitts bzw. der westdeutschen Flächenländer, jedoch im Rahmen der von SEITZ gutachterlich ermittelten Primärausgabenuntergrenze von 125 % bzw. der den Stadtstaaten zugestandenen Einwohnerwertung von 135 %.

Vor dem Hintergrund, dass Bremen sich verpflichten wird, unter Nutzung der Konsolidierungshilfen (300 Mio. Euro p.a. von 2011-2019) im Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, stellt sich die Frage, welches (konsumtive) Primärausgabenniveau dem Stadtstaat Bremen im Verhältnis zu den Flächenländern zugemutet wird, ohne dass die Wahrnehmung der Funktionen als Groß- und Landeshauptstadt beeinträchtigt und somit die Existenz als **Stadtstaat** in Frage gestellt wird.

*Sonja Kastin*